

Neue Flüchtlingsberatung in Mülheim



Nach Essen ist PLANB nun seit März auch in Mülheim an der Ruhr mit einer regionalen Flüchtlingsberatung aktiv. Die Beratungsstelle ist mit einer ganzen Stelle dotiert und wird vom Ministerium Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen finanziert.

Die Politikwissenschaftlerin Irina Ahmad gibt der neuen Beratungsstelle ein Gesicht. Sie beherrscht neben Deutsch auch Englisch, Französisch und Rumänisch und erreicht so einen Großteil der Zielgruppe ohne Dolmetscher. Das erleichtert nicht nur die Beratung, sondern baut auch eine Brücke des gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens auf. Reichen die Sprachkenntnisse doch einmal nicht aus, ist schnell Hilfe organisiert. Die Beraterin bringt ihr Wissen im Bereich Asyl- und

Sozialrecht sowie im Umgang mit psychischen Belastungen und Traumatisierungen in Schulungen und Veranstaltungen fortlaufend auf den neuesten Stand. Aktuell arbeitet sie außerdem daran, die Vernetzung mit anderen Verbänden und Organisationen in Mülheim weiter auszubauen.

Der Großteil der Zielgruppe stammt aus Syrien, Irak und Ghana. Zu den häufigsten Themen gehören

- ✓ individuelle soziale Beratung von Flüchtlingen
- ✓ Unterstützung bei der Wohnungssuche
- ✓ Information/Beratung zum Asyl- und Ausländerrecht und aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen
- ✓ soziale und gesundheitliche Stabilisierung

Ziel der Arbeit ist es, den Flüchtlingen Perspektiven und Strategien zu vermitteln.



Liebe Leserinnen und Leser,

wir begrüßen Sie herzlich zur fünften Ausgabe unseres Newsletters!

Wer noch daran gezweifelt hat, welche Aktualität und Sprengkraft das Thema Migration besitzt, hat spätestens jetzt eine überzeugende Demonstration erhalten: Eine handfeste Koalitionskrise hat über Wochen die Schlagzeilen gefüllt und ganz Europa in Atem gehalten. Gut daran ist: Das Thema bekommt Top-Priorität, es wird behandelt. Die Kehrseite: Im Mittelpunkt stehen wieder einmal nationale und parteiliche Partikularinteressen.

Mit unseren Berichten wollen wir weiter dafür sorgen, dass der Fokus dort bleibt, wo er hingehört: auf den Menschen, die unsere Hilfe brauchen. Wir berichten diesmal über eine Integrationslotsin und Migrationsberatung per Smartphone-App, über ein aktuelles Urteil zum Elternnachzug, das Hoffnungen weckt, über die neue PLANB-Flüchtlingsberatung in Mülheim und die aktuellen Aktivitäten unseres Blickwinkel-Projekts.

Sie sehen: Unsere Inhalte sind so vielseitig wie die Integrationsarbeit. Sie verändert sich, wie sich ihre Adressaten und deren Bedürfnisse ändern. Wer hier auf dem Laufenden bleiben will, dem seien unsere Schulungen (s. S. 10) empfohlen.

Wir wünschen eine spannende Lektüre und viel Vergnügen beim Lesen!

Ihr Redaktions-Team

06 PROJEKTE
mbeon:
Migrations-
beratung per App

03 AKTUELLES
Perspektive
Heimat: Rückkehr
in Würde

08 FAKTEN
Anker-Zentren:
Was steckt
dahinter?

„Jede Beschwerde ist eine Chance“

Der konstruktive Umgang mit Feedback zu unserer Arbeit, sei es positiv oder negativ, ist ein Kernbestandteil des partizipativen Konzepts von PLANB – und so soll es auch bleiben.

„Jede Rückmeldung und jede Beschwerde ist eine große Chance für uns, besser zu werden“, sagt Kai Bothe. Der Sozialwissenschaftler arbeitet seit Jahren für PLANB und ist seit dem 1. April zuständig für die Bearbeitung von externen Anregungen, Kritik oder Beschwerden. „Die externe Beschwerdestelle ist eine wichtige Schnittstelle in unserer Arbeit und ich freue mich sehr, dass ich hier nun dazu beitragen kann, die vorhandenen Strukturen zu festigen und wenn möglich zu optimieren.“

Mit dem neuen Beschwerdemanager in Kontakt treten kann man wie bisher über das Online-Formular (www.planb-ruhr.de/planb-ruhr/beschwerdestelle), per Telefon (0201 319773-10) mit einer E-Mail an (externe.beschwerdestelle@planb-ruhr.de) oder über die Feedbackkarten, die in allen PLANB-Außenstellen sowie in der Verwaltung in der Alleestraße in Bochum bereitliegen.

Schnell und anonym

Wir beantworten jede Beschwerde innerhalb von zwei Wochen. Um den Datenschutz zu gewährleisten, werden alle Anliegen mit einer Bearbeitungsnummer aufgenommen, so dass keine persönlichen Daten in den Prozess eingebracht werden.



Perspektive Heimat: Eine Rückkehr in Würde ermöglichen



„Rückkehr in Würde“, ein Projekt der Kreishandwerkerschaft Duisburg, bietet Rückkehrern eine dreimonatige berufliche Qualifikation

grund unterschiedlicher Gründe, wie zum Beispiel kultureller Unterschiede, Sprachbarrieren, Erkrankung von Familienmitgliedern oder Sehnsucht nach der Heimat dazu, freiwillig in ihr Herkunftsland zurückzukehren.

Deutsches Zertifikat verbessert Jobchancen

Hier setzt „Rückkehr in Würde“ im Rahmen des Programms „Perspektive Heimat“ an und hilft Menschen in Form von beruflicher Reintegration. Für Flüchtlinge aus den Ländern Albanien, Kosovo, Serbien, Tunesien, Marokko, Nigeria, Ghana, Senegal, Irak, Afghanistan und Ägypten bietet das Projekt die Möglichkeit, sich vor der Rückkehr in Form einer dreimonatigen Vollzeitmaßnahme in Duisburg in den Bereichen Elektro, Metallbau, Maler/Lackierer sowie Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik zu qualifizieren. Die Maßnahmen sind an das Bildungsniveau der Teilnehmer angepasst. Zum Abschluss bekommen sie ein deutsches Zertifikat und eines in der Herkunftssprache. Die PLANB-Beraterinnen aus Essen waren im Mai beim Projektträger zu Besuch und dabei sehr positiv überrascht, wie professionell die Qualifizierungsmaßnahmen gestaltet werden. Mit deutschen Zertifikaten in der Tasche haben die Rückkehrer deutlich bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt in der Heimat – so die Hoffnung aller Beteiligten.

Das Thema freiwillige Rückkehr wird mittlerweile breit diskutiert – in den Medien und der Politik, in Institutionen und Beratungsstellen. Abschiebungen mit all ihren bekannten Folgewirkungen stellen – auch aus Sicht der gegenwärtigen Bundesregierung – immer die Ultima Ratio dar, die letzte Lösung. Dabei soll es auch bleiben, darauf bestehen seit jeher auch Menschenrechtsorganisationen und Spitzenverbände, darunter der Paritätische Wohlfahrtsverband.

hend verlassen müssen. Was tut man in einem solchen Fall? Nese Sertoglu von der Essener Beratungsstelle berichtet, dass örtliche Ausländerbehörden mittlerweile durchaus oft bereit sind, diesen Menschen einen Abschluss zu ermöglichen. „Es muss überzeugend sein, dass das Zertifikat den Menschen auch nach ihrer Ausreise noch nützt. Und der Abschluss muss in einer annehmbaren Zeit erfolgen. Ein Jahr Restdauer ist beispielsweise schwer auszuhandeln“, erzählt sie aus der Praxiserfahrung.

Denn ausreisepflichtigen Menschen eine Rückkehr in Würde zu ermöglichen ist ein moralisches wie auch juristisches Gebot. Aufgabe der Rückkehrberatung ist es dabei, Perspektiven im Zielland aufzuzeigen und zu erarbeiten. Dabei ist für die PLANB-Rückkehrberaterinnen in Essen die Frage maßgeblich, in welche Lebensverhältnisse die Menschen zurückkehren, wie die Situation in den Heimatorten ist und welche Regierungs- oder Nichtregierungsorganisationen sie vor Ort auffangen und fördern können. Genauso wichtig ist jedoch auch, was die Rückkehrer von ihrer Aufenthaltszeit in Deutschland nach Hause mitnehmen können: Viele haben hierzulande einen Sprachkurs oder eine berufsbildende Maßnahme aufgenommen. Und es kommt nicht selten vor, dass der Abschluss der Moment, wo sie das Land umge-

Kreishandwerkerschaft Duisburg engagiert sich

Eine andere Form der Qualifizierung für Rückkehrpflichtige bietet seit Anfang 2018 das Projekt „Rückkehr in Würde“ an, das vom Bildungszentrum Handwerk der Kreishandwerkerschaft Duisburg in Kooperation mit dem Verein „Der bunte Tisch Moers e.V.“ und mit Unterstützung der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) getragen wird. Viele Flüchtlinge haben in der Hoffnung auf ein besseres Leben in ihren Herkunftsländern ihr ganzes Hab und Gut verkauft und sich teilweise verschuldet, um sich auf den Weg nach Deutschland machen zu können. Neben den abgelehnten Asylbewerbern entscheiden sich einige auch auf-

Brücken zu den Herkunftsländern

Unter dem Titel „integriertes Rückkehrmanagement“ fließen derzeit Bundes- und Landesmittel in ein Programm zur Förderung der freiwilligen Rückkehr und der Verknüpfung mit Entwicklungshilfe. Um dessen Nachhaltigkeit zu sichern, arbeiten auch in zahlreichen Herkunftsländern Ansprechpersonen für Fragen des beruflichen Anschlusses. Sie stellen Fach- und Beratungsexpertise zur Verfügung und bilden eine Brücke zwischen der Rückkehrberatung in Deutschland und den Reintegrationsangeboten der GIZ und lokaler Träger in den Herkunftsländern. Wir hoffen, dass die Stärkung solcher Angebote weiter voranschreitet, damit die Rückkehr nicht in Perspektivlosigkeit mündet.

Neues Urteil zum Elternnachzug



Gerichtshof der Europäischen Union

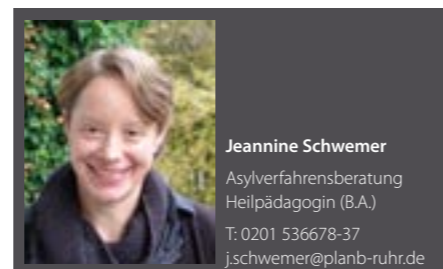


Ein neues, überraschendes Urteil des Europäischen Gerichtshofes stellt die nationale Gesetzgebung vor große Herausforderungen: Bisher erhielten Eltern von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF), die einen Antrag auf Familiennachzug bei einer deutschen Botschaft stellen, nur dann ein Visum, wenn ihr Kind in Deutschland noch minderjährig war. Diese Praxis kippte das Gericht nun.

Nach dem EuGH ist der maßgebliche Zeitpunkt für die Erteilung eines Visums zum Elternnachzug der Zeitpunkt der Einreise und der Asylantragstellung des Minderjährigen. Die Begründung: Wird die Flüchtlingseigenschaft im Verlauf des Verfahrens festgestellt, muss diese auch schon bei der Einreise bestanden haben. Dann aber könne durch die bestehende Praxis der Grundsatz der Gleichbehandlung nicht gewährleistet werden, da

in einem Fall die Behörden schnell arbeiten und Eltern nachziehen können, während in anderen Fällen alles so lange dauert, dass durch Volljährigkeit der Anspruch des UMF erlischt. Der Elternnachzug soll allerdings innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Erhalt des Anerkennungsbescheids bei der Ausländerbehörde und beim Auswärtigen Amt angezeigt werden – eine Regelung, die auch für Erwachsene schon besteht.

Bei Altfällen würde die Dreimonatsfrist mit dem Urteil beginnen. Die Umsetzung ist bislang völlig unregelt, während gleichzeitig eine bindende Wirkung besteht. In Sachen Geschwisternachzug hat leider auch dieses Urteil nichts geändert.



Jeannine Schwemer
Asylverfahrensberatung
Heilpädagogin (B.A.)
T: 0201 536678-37
j.schwemer@planb-ruhr.de

Regionale Flüchtlingsberatung Essen: Konkrete Hilfe mit Rat und Tat

Seit dem 1. Mai steht ein neuer Name an der Tür der regionalen Flüchtlingsberatung in Essen-Kray: Kai Bothe hat die Arbeit dort übernommen. Der Sozialarbeiter ist ein langjähriger Mitarbeiter von PLANB und bringt reichlich Erfahrung in der Flüchtlingsberatung mit.

tionung speziell an volljährige geflüchtete Menschen, deren Aufenthaltsstatus ungewiss ist – also Personen im Asylverfahren oder mit ungesichertem Aufenthaltstitel. Menschen mit einer Aufenthaltsgestattung, einer Duldung oder einem Ankunftsnachweis – beziehungsweise Nachweis der Meldung als Asylsuchender – bekommen hier konkrete und professionelle Hilfestellung. Die Betroffenen stehen oft vor einer ganzen Reihe wichtiger und wegweisender Problemen und Entscheidungen und werden bei der regionalen Flüchtlingsberatung von PLANB ausführlich beraten, unter anderem zum Asyl- und Sozialrecht, zur Unterbringung und zur Bildung und Ausbildung.

Perspektiven entwickeln

Auch die konkrete und aktive Unterstützung bei Behördenangelegenheiten gehört zum Angebot, das insgesamt mittel- bis langfristig angelegt ist, so dass zusammen mit den Klienten Perspektiven und realistische Ziele erarbeitet werden sollen. Aber auch zu Alltagsangelegenheiten wie zum Beispiel Verbraucherthemen wird hier gern und umstandslos gecoacht und beraten – grundsätzlich immer

mit Blick auf das Selbsthilfepotenzial. Durch die enge Kooperation mit dem Vermittlungsservice für Sprach- und Integrationsmittlung – SprInt Essen können wir Sprachbarrieren dabei in der Regel unkompliziert und unentgeltlich überwinden. Neben der konkreten Beratung und Fallarbeit stehen weiterhin die Öffentlichkeitsarbeit sowie flüchtlingsrelevante Projekte im Fokus. Außerdem ist der fachliche und fallbezogene Austausch mit anderen Fachleuten ein wichtiger und regelmäßiger Teil der Arbeit. Da das ehrenamtliche Engagement weiterhin ein unersetzbarer Bestandteil der Arbeit mit Geflüchteten ist, arbeiten wir mit Ehrenamtlern intensiv und auf Augenhöhe zusammen.



Kai Philip Bothe
Sozialwissenschaft (B.A.)
Regionale Flüchtlingsberatung
T: 0201 319773-10
k.bothe@planb-ruhr.de



Als Teil des vom Land NRW geförderten Programms „soziale Beratung von Flüchtlingen“ wendet sich die regionale Flüchtlingsbera-

Mit der Lotsin auf Integrationskurs

Stellen Sie sich folgende Situation vor: Sie sind Vater einer sechsköpfigen Familie und gerade neu in Deutschland zugezogen. Sie kommen aus der Roma-Community, ihre Muttersprache ist Romanes. Außerdem sprechen Sie die Sprache Ihres Herkunftslands – nehmen wir an, Rumänisch. Sie beginnen Deutsch zu lernen – dennoch wird es Ihnen schwer fallen, alle nach dem Zugang dringend notwendigen Behördengänge fristgerecht zu erledigen. Wie wäre es, wenn Ihnen in dieser Situation ein Lotse zur Seite stünde, der Ihre Sprache spricht?

Genau das bietet PLANB seit dem 25. Juni in Herne an: eine neue Schnittstelle für die Integration von Roma und Sinti. Eine Integra-

tionslotsin unterstützt Familien mit Roma-Hintergrund auf ihrem Weg. Wie sich gezeigt hat, sind gerade am Anfang nachhaltige Unterstützung und Information besonders wichtig und erfolgreich bei der Förderung der Integration. Die Integrationslotsin hilft bei Behördengängen, besonders im Zusammenhang mit der Arbeitssituation oder dem Schulbesuch der Kinder, sie kann die wichtigsten Informationen einholen und muttersprachlich vermitteln, sie gibt Selbstvertrauen und Selbstsicherheit.

Das Projekt „Integrationslotse unterwegs. Menschen helfen Menschen“ wird – zunächst bis Ende 2018 – gefördert durch den Verfügungsfond für die Zuwanderung aus

Südosteuropa der Stadt Herne. Eine Romanes sprechende Lotsin unterstützt in Zusammenarbeit mit den Behörden zugewanderte Menschen mit Roma-Hintergrund und begleitet sie bei Themen wie Arbeitsmarktintegration, Schule und Kindergärten, Elterngespräche, Kita-Anmeldungen oder Arztbesuche im Rahmen der Gesundheitsuntersuchungen für Kinder und Jugendliche.

Stabilität und Orientierung

Die Hauptziele der Maßnahme sind in erster Linie, wichtige Aspekte des Familienlebens direkt muttersprachlich anzugehen und so für Stabilität und Orientierung in der Familie

Vorgestellt: Christiane Friedrich



Im Rahmen meines Studiums der Sozialen Arbeit an der Evangelischen Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe absolviere ich mein 70-tägiges Praktikum bei PLANB in Essen. Das Team an der Krayer Straße hat mich sehr freundlich aufgenommen.

Da ich durch ehrenamtliche Tätigkeiten schon Einblick in die problematischen Lebenssituationen von Geflüchteten bekommen habe, war es mir ein Anliegen,

diesen Bereich der Sozialen Arbeit unter professioneller Anleitung besser kennenzulernen. Hauptsächlich bei den Beratungsdiensten, im Projekt Blickwinkel, der interkulturellen ambulanten Erziehungshilfe und der Wohngruppe Solid unterstütze ich die mehr als 30 PLANB-Mitarbeiter in Kray. Dabei kristallisierte sich nach der ersten Orientierungsphase schnell ein konkretes Aufgabenfeld für mich heraus: Bewerbungstraining für Neuzugewanderte und Geflüchtete. Anfangs zusammen mit Ahmed Tachihante, ebenfalls Praktikant bei PLANB bis April 2018, helfe ich nun unseren Ratsuchenden intensiv dabei, ihre Kompetenzen heraus-

zuarbeiten, Bewerbungsunterlagen zu erstellen und einen Job oder Praktikumsplatz zu suchen. Außerdem informiere ich über berufliche Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten und trainiere Vorstellungsgespräche.

Dabei versuche ich, meine eigenen Lebenserfahrungen, nicht nur aus beruflicher Sicht, in die Arbeit einfließen zu lassen und sinnbringend zu nutzen. Ich hoffe, dass ich in meiner Praktikumszeit bis Ende August vielen Menschen helfen kann, die Unterstützung benötigen.

Blickwinkel-Update: Auch Fotografen haben Hunger



Seit dem letzten Newsletter ist bei „Blickwinkel“ viel passiert: Wir konnten neue Teilnehmer aufnehmen und eine Reihe spannender Aktionen erleben. Auch ein paar junge Teilnehmerinnen sorgen nun in unserer Gruppe für einen guten Ausgleich.

In den vergangenen Wochen besuchten wir zum Beispiel das „Parkleuchten“ im Grugapark, eine Präsentation über die Stadt Essen und einen Jazzabend im Katakomben-Theater, erkundeten den Stadtteil Kray und das Thyssen-Krupp-Quartier und trafen uns zum gemeinsamen Kochen. Am spannendsten war wohl der Pressetermin mit BILD, die uns bei einer Exkursion zur Zeche Zollverein begleitete – mehr darüber in der nächsten Ausgabe.

Eine besondere Bereicherung unseres Kochabends war unser Praktikant Ahmed Tachihante, der sich bereits in der letzten Ausgabe des Newsletters vorgestellt hat. Er absol-

viert gerade eine Umschulung zum Sprach- und Kulturmittler – und er ist außerdem ein ausgebildeter Profikoch. Grund genug für die Blickwinkel-Gruppe, auch diese ganz besondere Qualifikation zu nutzen – wann hat man schon einen Profikoch beim Gruppenabend?

Marokkanisch, mexikanisch, kulinarisch

Zu unserer Überraschung schlug der marokkanische Profikoch ein mexikanisches Menü vor: ein Drei-Gänge-Menü aus Lauchsuppe, Fajitas und Obstsalat. Aber natürlich gelang es Ahmed, mit seiner eigenen Gewürzauswahl auch dem mexikanischen Essen ein marokkanisches Flair zu verleihen. Unter seiner Regie wurde eifrig gehackt, geschnitten und gerührt in der Küche der PLANB-Wohngruppe, eine Etage über dem Blickwinkel-Treffpunkt. Vielen Dank an dieser Stelle an das Betreuerteam der Wohn-

gruppe und an die Jungs, die ihre Küche mit uns geteilt haben!

Das Highlight des Abends war der Geburtstag von Aziz: Plötzlich war wie aus dem Nichts eine kleine Torte mit Kerzen da – wir alle fühlten uns wie eine große Familie.

Lachen, kochen, fotografieren

Fazit: Es wurde viel gelacht, geredet, gekocht und natürlich fotografiert. Die Gruppe wächst zusehends zusammen, die Teilnehmer integrieren sich in die Gruppe und auch in ihre Stadt Essen. Auch die deutsche Sprache ist nicht mehr so fremd wie am Anfang der Reise. Vorurteile verschwinden – zum Beispiel das, wonach ein orientalischer Mann nichts mit dem Kochen und der Küchenarbeit am Hut hat.

zu sorgen. Jeder Weg der Integration beginnt mit einer stabilen finanziellen Situation, mit Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung.

Das Projekt „Integrationslotse unterwegs. Menschen helfen Menschen“ soll auch dazu beitragen, die Wahrnehmung der Aufnah-

megesellschaft durch die Roma-Community so weit zu beeinflussen, dass die Roma zu einem eigenen sozialen Engagement bereit sind und so an der sozialen Teilhabe partizipieren. Denn jede Gesellschaft hat ihre eigenen kulturellen Merkmale, und diese sollten genutzt werden.



mbeon: Migrationsberatung per App

Ab sofort ist der nächste Migrationsberater immer in der eigenen Hosentasche: Seit April 2018 bietet die Messenger-App „mbeon“ mobile Migrationsberatung per Smartphone.

mbeon funktioniert wie jeder andere Messenger-Dienst: Wer sich die App auf sein Smartphone herunterlädt und sich mit einer Telefonnummer oder Mailadresse anmeldet, kann sofort und anonym seine Fragen stellen. Dabei stehen ihm sämtliche am Programm beteiligten Berater zur Verfügung, die im Messenger ebenfalls anonym erscheinen – allesamt Profis aus der Migrationsberatung, die diverse Mutter- und eine Reihe Fremdsprachen beherrschen und deren Kompetenzen in ihrem Profil ersichtlich sind. Meist sind mehrere Berater gleichzeitig online, der Ratsuchende hat die Wahl.

Neuland für die Sozialarbeit

Mit dem mbeon-Dienst hat die beratende Sozialarbeit Neuland betreten. Und das aus gutem Grund, denn die anonyme Beratung hat viele Vorteile: So können auch Menschen erreicht werden, die Fragen zu heiklen Themen wie sexualisierte Gewalt oder Kindesmisshandlung haben. Solche Themen tauchten bisher in der persönlichen Beratung gar nicht auf – was sicherlich eher an der großen Hemmschwelle liegt als an der Tatsache, dass solche Probleme überhaupt nicht existieren. Durch die mbeon-App aber kann man nun jederzeit und überall jede noch so tabubehaftete Problemlage thematisieren und professionelle Auskunft und Hilfe bekommen. Diese Just-in-time-Beratung ohne Wartezeiten, Anfahrtswege und Hemmschwelle ermöglicht den beratenden Sozialdiensten Zugang zu prekären Situationen, den sie

sonst nur durch eine engmaschige Flex-Betreuung hätten – die naturgemäß weitaus weniger Klienten erreichen kann.

Zugang für mehr Ratsuchende

Darüber hinaus erhalten durch mbeon auch Menschen aus dem ländlichen Raum ohne akzeptablen Zugang zu einer Beratungsstelle nun regelmäßige Informationen. Auch Frauen, Kinder und Jugendliche, die nicht selbstständig den Weg zur herkömmlichen „Offline-Beratung“ finden, bekommen hier die Gelegenheit, ihre Fragen zu stellen und ihren Kummer loszuwerden. Denn die Erfahrung aus der persönlichen Beratung und die Statistiken zeigen, dass die Mehrheit der Ratsuchenden bislang männliche Erwachsene sind.

Bei einer Beratung müssen mitunter auch Dokumente fotografiert und versendet werden. Dies ist nun mit mbeon möglich – konform mit den neuesten Datenschutzbestimmungen. Damit gibt es endlich auch einen datensicheren Ersatz für WhatsApp, was bisher oft als Notlösung dienen musste.

Bundesweiter Rollout geplant

Außer dem Roten Kreuz als Projektkoordinator nehmen der Bund der Vertriebenen (BdV), der Deutsche Caritasverband (DCV) und der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWW) am mbeon-Projekt teil. In der Pilotphase waren zunächst nur Bera-



tungsstellen aus Bayern und Nordrhein-Westfalen beteiligt, demnächst soll Baden-Württemberg dazustoßen. Im vierten Quartal 2018 wird das Projekt evaluiert, anschließend soll – bei positiven Ergebnissen – die Online-Beratung auf das gesamte Bundesgebiet ausgedehnt werden. Experten bewerten mbeon bisher mehrheitlich positiv, einige sprechen schon vom ersten Schritt in eine neue Ära der Sozialen Beratungsarbeit. mbeon wird gefördert durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und finanziert vom Bundesministerium des Innern (BMI).

Von Rimini ins Ruhrgebiet

Sie ist um die 40 Jahre alt, eine Frohnatur, dynamisch und zielstrebig. Ihr markanter Akzent verrät deutlich, wo sie herkommt: aus Italien. Dort begann die Karriereodyssee der resoluten und lebenslustigen Frau, die wir auf ihren Wunsch einfach M. nennen. „Mehr als die Hälfte meines Lebens habe ich studiert – davon zur Hälfte berufsbegleitend –, zuerst Uni und dann Weiterbildungen“, verrät sie stolz. „Und das hört in Deutschland auch nicht auf!“, fügt sie grinsend hinzu.

Auf eigene Faust

Sie meint damit die vielen Sprach- und beruflichen Nachqualifizierungskurse, die sie hierzulande durchlaufen musste und noch immer muss, um in ihrem Beruf arbeiten zu können. M. ist diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegerin, einen Masterstudiengang im Fach Gesundheitsmanagement an einer renommierten italienischen Hochschule hat sie obendrein absolviert. In Deutschland kann sie viel damit anfangen, zumal Fachkräfte in Pflege- und Heilberufen sehr begehrt sind. M. kam auf eigene Faust nach Essen. In Italien waren die Arbeitsbedingungen nicht länger tragbar, sagt sie. Auch wenn sie sich bewusst ist, dass es ihren Kolleginnen und Kollegen in Deutschland in dem Berufsfeld ebenfalls nicht rosig

geht, glaubt sie fest, dass es allemal besser als in Italien sein wird.

Auf den ersten Blick scheint die Anerkennung des Berufsabschlusses und die Erlaubnis zur Berufsausübung für Antragsteller aus EU-Ländern auch sehr leicht zu sein – eine „automatische Anerkennung“ sei möglich, so das Ergebnis einer Kurzrecherche auf dem Internetportal „www.anerkennung-in-deutschland.de“ und jenem des Landesprüfungsamtes NRW. Der Berufsabschluss als Gesundheits- und Krankenpfleger/in ist in Deutschland grundsätzlich reglementiert, das bedeutet, die Berufsausübung muss erst genehmigt werden.

Konstruktives JobCenter

Für die Migrationsberatung (MBE) von PLANB in Essen hieß es in M.s Fall, die zuständige Anerkennungsstelle ausfindig machen, das Vorhaben mit der Arbeitsvermittlung des JobCenters besprechen – hier übernimmt oft das JobCenter die Kosten des Verfahrens, also etwa für Übersetzungen und Beglaubigungen oder die Gebühr der Gleichwertigkeitsprüfung –, Antragsunterlagen zusammenstellen, absenden und abwarten. Bei M. dauerte es rund sechs Monate, bis die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB) in Bonn, eine Stabs-

stelle der Kultusministerkonferenz, die Gleichwertigkeit der italienischen Qualifikation mit der deutschen zertifiziert und das Landesministerium für Kultur und Wissenschaft die Berufsausübung in NRW erlaubt hat. Kosten: insgesamt rund 450 Euro. Mit der zuständigen Fallbearbeiterin beim JobCenter war eine konstruktive Zusammenarbeit möglich: Alles, was im Zusammenhang mit der Heranführung an Arbeit stand, wurde abgesegnet und voll finanziert – auch dort, wo das Vermittlungsbudget für M. ausgeschöpft war: zuerst ein normaler Integrationskurs, dann weiterführend B2 und zuletzt mithilfe eines Bildungsschecks ein C1-vorbereitender Kurs. Obendrein ein Schnellkurs für medizinische Fachangestellte in Köln und ein Praktikum in einer Praxis.

Nur eine Fachausbildung?

Dennoch empfindet M. eine gewisse Abwertung ihrer Ausbildung: Während sie in Italien an einer Hochschule studiert und mehr als 15 Jahre Berufserfahrung hat, wird ihr Abschluss in Deutschland als nicht-akademisch gewertet, als eine Fachausbildung. Nun versucht sie mit Unterstützung der MBE, sich auf die deutschen Bachelor- und Master-Studiengänge „Gesundheitsmanagement“ zu berufen und darüber eine höherwertige Anerkennung durchzusetzen. Auch im Berufsalltag ist es selbst für erfahrene ausländische Krankenpfleger schwer, den gleichen Status wie im Heimatland zu erlangen. Sprache ist eine Barriere in der Kommunikation mit Kollegen und insbesondere Patienten – schließlich erwarten beide jenseits von Fachkenntnissen auch ein gepflegtes Ausdrucksvermögen.

M. hat es dennoch gut geschafft und ist bis dato zufrieden: Mit dem Sprachzertifikat C1 in der Tasche, zwei Praktika, dem Gleichwertigkeitszeugnis und nach Mobilisierung aller möglichen Ressourcen rund um die Uhr – Bekannte, Nachbarn, Beratungsstellen – und nicht zuletzt auch mit ein wenig Glück im Leben trägt sie nun den weißen Kittel in einer Klinik und fühlt sich bis zu einem gewissen Grad am Ziel angelangt. Dennoch hält sie weiter Ausschau nach bereichernden Kursen und Freizeitaktivitäten. Schließlich ist ihr der gesellschaftliche Anschluss in ihrer neuen Stadt genauso wichtig.



Quelle: IQ-Netzwerk, <http://www.migra-info.de/fileadmin/flash/html/migra/index.html>

Anker-Zentren: Was steckt dahinter?



Das Gespenst der Anker-Zentren geht in den Medien um. Die Abkürzung steht für die „Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückführungszentren“, die nach dem Plan des – zum Redaktionsschluss noch amtierenden – Bundesinnenministers Horst Seehofer im gesamten Bundesgebiet entstehen sollen. Doch was genau steckt eigentlich dahinter?

Bei den Anker-Zentren handelt es sich um Großunterkünfte, in denen Asylsuchende, die neu ins Land kommen, aufgenommen werden sollen. Dort sollen sie, eventuell auch über 24 Monate hinaus, auf das Ergebnis ihres Asylgesuchs warten. Bei negativem Bescheid sollen sie dann schneller in ein Drittland oder in die Heimat zurückgeführt werden können oder freiwillig ausreisen – so zumindest die Vorstellung Seehofers: „Bundes- und Jugendamt, Verwaltungsgericht, Jobcenter, Ausländer- und Sozialbehörde, alle wichtigen Stationen des Asylverfahrens lägen unter einem Dach.“ (Zeit Online, Zugriff am 07.06.2018) Befürworter dieses Masterplans gehen davon aus, dass Abschiebungen schneller und konsequenter durchgeführt werden könnten. So soll auch ein Signal an die Bevölkerung gesendet werden, dass Nicht-Asylberechtigte dem Steuerzahler „nicht so lange auf der Tasche liegen“, um es im Stammtisch-Jargon zu formulieren.

Paritätischer Wohlfahrtsverband warnt

Doch so einfach, wie der Bundesinnenminister sich das vorstellt, ist es bei weitem nicht. Zum einen handelt es sich dabei um die kasernenartige Internierung von bis zu

1500 Menschen: meist junge, alleinstehende Männer, Frauen und Kinder ohne Privatsphäre, mit gemeinschaftlich genutzten sanitären Anlagen, versorgt ausschließlich durch Sachleistungen. Entsprechende Bedenken und Befürchtungen äußerte kürzlich Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, in einem Brief an die Innenministerkonferenz der Länder. Der Paritätische befürchtet außerdem, dass die Menschen keinen Zugang zu dezentralen Beratungsstellen und Arbeitsmöglichkeiten sowie keine Möglichkeit zu sozialen Kontakten hätten. Kindern und Jugendlichen könnte der Zugang zu altersgemäßer Bildung verwehrt sein, das verstoße massiv gegen die Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention.

Polizeigewerkschaft äußert Befürchtungen

Selbst von der Schwesterpartei CDU kommen kritische Stimmen: „Fehlende Papiere, vorgelegte Atteste oder die mangelnde Be-

reiterschaft einiger Herkunftsländer, ihre Bürger zurückzunehmen, werden auch künftig Abschiebungen erschweren und verhindern“, so Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lorenz Caffier von der CDU (Welt online, Zugriff am 07.06.2018). Sicherheitsbedenken äußerte der Stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Arnold Plickert in der WAZ vom 05.05.2018: „Bevor man 1500 Flüchtlinge ohne jede Zukunftshoffnung in einem Lager festhält, muss die Frage der Sicherheit geklärt sein.“ Es drohe eine nie gekannte Mischung aus Perspektivlosigkeit, Gewalt und Aggressivität, so seine düstere Prognose.

Trotz aller kritischen Stimmen hält Minister Seehofer an seinem Plan fest, bis zum Herbst 2018 fünf bis sechs Anker-Zentren für jeweils bis zu 1500 Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive einzurichten.



Arnold Plickert
Stellvertretender
GdP-Bundesvorsitzender



Horst Seehofer
Bundesinnenminister



Dr. Ulrich Schneider
Hauptgeschäftsführer
des Paritätischen
Gesamtverbandes



Lorenz Caffier
Innenminister
Mecklenburg-
Vorpommern

Angekommen – und nun?



Offensichtlich ein aktuelles Thema mit hohem Informationsbedarf: Zu unserer interner Schulung im April mit dem Titel „Ankommen, Asylverfahren und alternative aufenthaltsrechtliche Perspektiven bezogen auf UMF“ kamen 22 Interessierte.

Als Leiterin der Asylverfahrensberatung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) in Essen kennt Referentin Jeannine Schwemer sich rundum aus im Thema. Es ging um die rechtlichen Bedingungen und Verfahren, die UMF durchlaufen, nachdem sie nach Deutschland gekommen sind: Am Anfang steht die vorläufige Inobhutnahme. Dabei wird zunächst festgestellt, ob der junge Mensch minderjährig, ausländisch und unbegleitet ist. Danach ist die wichtigste Frage die der Verteilung. Auch UMF werden nach einem Schlüssel verteilt, jedoch nur, wenn dies nicht dem Kindeswohl widerspricht. Hat der Minderjährige Freunde oder Verwandte an einem Ort und äußert den Wunsch, ebenfalls dort leben zu wollen, soll er dorthin zugewiesen werden.

Nach der Zuweisung erfolgt die Inobhutnahme. Das Clearingverfahren läuft weiter: Psychische Verfassung, Altersfeststellung, Bedarfe und Ressourcen sind unter anderem zu klären. UMF werden erkennungsdienstlich behandelt und erhalten von der örtlichen Ausländerbehörde eine Duldung; auch muss zur Vertretung ein Vormund bestellt werden, der alle rechtlichen Handlungen

an Eltern statt vornimmt und dann Dinge wie Schulanmeldung in die Wege leitet.

Fluchtgründe und Asylantrag

Das Jugendamt erfragt während des Clearingverfahrens zum ersten Mal die Fluchtgründe – Grundlage für die Entscheidung, ob ein Asylantrag gestellt werden soll oder nicht. Für die Flüchtlingsanerkennung muss eine persönliche Verfolgung im Heimatland aus politischen, ethnischen, religiösen Gründen oder wegen sexueller Orientierung oder Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe – zum Beispiel als Frau – vorliegen. Für den subsidiären Schutz „reicht“ die Bedrohung mit dem Tod durch Bürgerkrieg im Heimatland. Der dritte, wenig bekannte Schutzstatus, das nationale Abschiebeverbot, wird aus humanitären Gründen erteilt. Die Gründe sind ähnlich wie beim subsidiären Schutz, die Bedrohung muss jedoch nicht von staatlichen oder pseudostaatlichen Akteuren, sondern kann auch von Privatpersonen ausgehen. Dabei spielen für die Flüchtlingsanerkennung relevante Merkmale keine Rolle. Damit sind Fälle von Kindeswohlgefährdung durch familiäre Gewalt oder Tod durch Verletzung erfasst oder Personen mit schweren, im Herkunftsland nicht behandelbare Krankheiten. Für Afghanistan kann das z.B. eine posttraumatische Belastungsstörung sein. Sie ist allerdings durch mehrseitige Atteste nach stren-

gen Auflagen nachzuweisen, die nur von Psychiatern oder Psychosozialen Zentren (PSZs) ausgestellt werden können.

Schutzquoten sinken

Leider sind die Schutzquoten im Laufe der vergangenen Jahre stetig gesunken. Davon sind besonders Afghanen betroffen: Die Anerkennungsquote durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) lag 2017 bei 47 Prozent; die Gerichte entscheiden in 60 Prozent der Klagen noch für einen Schutzstatus. Die Schutzquote für Minderjährige ist immer erheblich höher; sie lag 2015 bei 90 Prozent, 2017 bei 80 Prozent. Problematisch sind Asylanträge ohne schwerwiegende Gründe, wenn der Jugendliche aus einem sicheren Herkunftsland stammt. Ein sicheres Herkunftsland ist dabei ein rechtlicher Begriff und bezieht sich auf die Länder des Westbalkans sowie Ghana und Senegal in Westafrika. Ablehnungen dieser Asylanträge als „offensichtlich unbegründet“ können den Zugang zur Ausbildungsduldung und anderen aufenthaltssichernden Möglichkeiten verbauen.

Falsche Angaben gefährden Antrag

Ein zentraler Aspekt der Schulung war die Ausbildungsduldung, eine der wichtigsten Möglichkeiten der Aufenthaltssicherung ohne Asylverfahren oder nach einem negativen Entscheid. Die Ausbildungsduldung ist für die meisten UMF in schwieriger Lage die nächstliegende Möglichkeit. Hier hat der Gesetzgeber eine Möglichkeit geschaffen, durch berufliche Qualifizierung den Aufenthalt zunächst für die Dauer der Ausbildung – zwei oder drei Jahre – zu sichern und anschließend, wenn dann ein nationaler Reiseausweis vorliegt, eine Aufenthaltserlaubnis zur Arbeit im erlernten Beruf zu erhalten. Voraussetzungen für die Ausbildungsduldung sind der Ausbildungsvertrag – schulische Ausbildungen sind auch möglich –, die Beschäftigungserlaubnis und die nachgewiesene Mitwirkung bei der Passbeschaffung. Sind die Voraussetzungen erfüllt, ist die Duldung für die Dauer der Ausbildung zu erteilen. Die Duldung wird nicht erteilt, wenn Identitätsäuschung vorliegt. Taucht also ein Dokument auf wie eine Geburtsurkunde mit einem anderen Alter kann dies schädlich sein – vor allem, wenn

aus den neuen Dokumenten hervorgeht, dass bei der Einreise nach Deutschland keine Minderjährigkeit vorgelegen hat. Geringe Abweichungen, die dieses Stichdatum nicht berühren, können eventuell mit Kulanz behandelt werden. Gleichzeitig gilt es zu bedenken, dass jeder Antrag auf eine Aufenthaltserlaubnis (AE) bei der Ausländerbehörde, also auch die anschließende AE zur Aufnahme einer Arbeit nach Ausbildung, das Vorliegen des Nationalpasses erfordert. Wenn hier abweichende Angaben auftauchen (Identitätstauschung), kann die Ausländerbehörde die Erteilung ablehnen. Je früher die Identität geklärt oder berichtigt wird, desto besser also.

Hoher Druck auf die Heranwachsenden

Mitarbeiter der stationären Hilfen, etwa von Vielfalt im Ruhrgebiet (ViR), sind in dieser Situation stark gefordert, die Jugendlichen bei der Ausbildungssuche und Bewerbung zu unterstützen. Nicht nur sind aufgeschlossene Arbeitgeber zu finden, auch die jungen Geflüchteten müssen den Anforderungen gerecht werden. Dann gilt es, die Arbeit und die schulischen Anforderungen zu meistern. Will das nicht gelingen, steht das Gespenst der Abschiebung wieder im Raum ... Fazit: Obwohl die Ausbildungsduldung ein sehr konstruktives Instrument der Integration und des Bleiberechtes ist, ist der Druck auf die Heranwachsenden schon als sehr hoch zu bewerten.

Eine weitere Option ist der Antrag auf eine Aufenthaltserlaubnis für gut integrierte Jugendliche nach § 25a AufenthG. Hierbei kann die Ausländerbehörde im Ermessen entscheiden, so dass es unterschiedliche Praktiken in den Kommunen gibt. Voraussetzungen sind:

- ✓ seit vier Jahren ununterbrochen in Deutschland
- ✓ Schulabschluss oder erfolgreicher Schulbesuch (HSA Kl. 10 vermutlich)
- ✓ jünger als 21 Jahre (bei Einreise jünger als 17)
- ✓ positive Integrationsprognose (ehrenamtliches Engagement, deutsche Freunde)
- ✓ Lebensunterhaltssicherung (Ausnahmen möglich, etwa bei Schulbesuch)
- ✓ Reisepass bzw. geklärte Identität

Kaum Erfahrungen aus der Praxis

Hierzu werden neue Erlasse erwartet, die die Erteilung vereinheitlichen sollen. Zur Praxis sind kaum Erfahrungen bekannt, da in den meisten Fällen noch nicht vier Jahre erreicht sind. Tatsächlich sind bislang wenige Aufenthaltserlaubnisse nach dieser Norm erteilt worden, obwohl einige Kinder von Familien, die seit Jahren in Deutschland geduldet leben, diese Aufenthaltserlaubnis erhalten könnten. Wir sind gespannt auf die Neuerungen – auch zur Ausbildungsdul-

dung werden Änderungen erwartet – und hoffen, dass die Maßnahmen der Einstiegsqualifizierung mit in die Ausbildungsduldung integriert werden. Zugleich erhoffen wir uns eine größere Freiheit für die Erteilung von AE für Fälle, wo die Passbeschaffung nachweislich nicht gelingen kann. Hiervon ausgenommen sind derzeit Personen aus Somalia und Eritrea. Ausgenommen werden sollten zum Beispiel Afghanen, die im Iran geboren wurden.

WEITERE SCHULUNGEN:

Alle Interessierten – egal ob haupt- oder ehrenamtlich tätig – sind herzlich eingeladen zu unseren kostenlosen Schulungen. Bitte anmelden bei Blerian Kushta, E b.kushta@planb-ruhr.de.

Die nächsten Themen:

- Asylverfahren – von der Registrierung bis zum Aufenthaltstitel. Unterbringung, Schutzstatus und wozu sie berechtigen. 19. Juli, 10 bis 13 Uhr, PLANB Essen, Kraye Straße 208
- EU-Zuwanderer und anerkannte Flüchtlinge: Sprachförderung, Zugang zum Arbeitsmarkt und soziale Sicherung, 13. September, 10 bis 13 Uhr, PLANB Essen, Kraye Straße 208

Einblicke ins Niemandsland

„Hilfe im Niemandsland der Flucht“ überschrieb die WAZ ihren Bericht über die Flüchtlingsunterkunft in der Emil-Weitz-Straße in Wattenscheid. Der Presstertin im Mai hatte den Redakteur offensichtlich beeindruckt.

Die PLANB-Teams der Wattenscheider Flüchtlingsunterkünfte in der Emil-Weitz-, Voede- und Parkstraße hatten gemeinsam einen Infotag für Freunde, Nachbarn, Politik und Kooperationspartner vorbereitet, kombiniert mit einem Presstertin. WAZ, Stadtspiegel, Radio Bochum und Radio CT waren unserer Einladung gefolgt. Alle berichteten ausführlich und positiv über unsere Arbeit, wiesen auch auf das bevorstehende Sommerfest am 13. Juli hin und verbanden die Berichte mit Spendenaufrufen, die große Resonanz hatten. Viele hilfsbereite Bochumer brachten in den folgenden Tagen vor allem Kleidung und Spielzeug für Kinder.

In einer Präsentation stellte das Team sich und seine Arbeit vor, die Daten und Fakten: 83 Container mit seinerzeit 188 Bewohnern an der Emil-Weitz-Straße, 94 Bewohner in

den Wohnungen der vier Häuser in der Voede- und Parkstraße. Aus Bangladesch, Rumänien, dem Balkan und anderen Ländern kommen die Menschen, die dort mitten in Wattenscheid leben – und doch in einer anderen Welt. Die Bochumer Medienvertreter zeigten sich sehr interessiert, begleiteten aufmerksam den Rundgang durch das Containerdorf und haken hier und da mit gezielten Fragen nach.

Der Stadtspiegel Wattenscheid überschrieb seinen Bericht „Leben mit Schatten“, zeichnete ebenfalls ein eindringliches, authentisches Bild der Situation vor Ort, von der zermürbenden Situation vieler Bewohner, die teilweise seit 20 Jahren oder länger mit einer sogenannten Kettenduldung leben müssen. „Man nimmt den hier geborenen Kindern die Chance auf Partizipation, auf schulische und berufliche Bildung“, wird PLANB-Geschäftsführerin Gülseren Celebi im Stadtspiegel zitiert.

Beeindruckt hat die Journalisten auch der Iraker Barakat Kanan, Bewohner der Unterkunft in der Emil-Weitz-Straße, mit seinem



Statement, das alle in ihren Artikeln und Radiosendungen wiedergegeben haben: „Das Wichtigste ist, in Frieden zu Leben und keine Angst vor Tod und Krieg haben zu müssen. Wir sind dankbar für die Hilfe.“

Gemeinsam helfen in Essen: PLANB trifft „Werden hilft“

„Werden hilft e.V.“ ist eine Initiative im Essener Süden, die sich seit 2015 ehrenamtlich für Flüchtlinge einsetzt. Auf Initiative von Vereinsmitglied Christiane Gregor war im Mai PLANB zu Gast bei einem Kennenlern- und Infoabend in der evangelischen Jona-Gemeinde in Essen Heidhausen.

Rund 40 Gäste nahmen teil, hauptsächlich im Verein aktive Mentoren und deren Mentees, die sich über verschiedene Themen austauschen wollten. Vor dem lockeren Austausch rund um die Lebens- und Problemsituation einzelner Geflüchteter stellte

PLANB seine Tätigkeitsbereiche und sein Leitbild vor. Wir berichteten außerdem über die aktuelle Rechtsprechung in Asylangelegenheiten und die generelle Situation von Geflüchteten in Essen wie auch in Deutschland allgemein.

Auf besonderes Interesse stieß das Thema Jobsuche und -chancen. Die sehr erfahrenen und hilfsbereiten Mentoren von Werden hilft betreuen viele Menschen, die ein Praktikum oder optimalerweise direkt eine Beschäftigung suchen. Auch Asylangelegenheiten und das Thema Bleibeperspektive beschäftigten viele Teilnehmer. Trotz des außergewöhnlichen Engagements der Mentoren ist an der einen oder anderen Stelle weitere Unterstützung durch Beratungsdienste nötig. Kurze Fragen wurden sofort vor Ort geklärt, für komplexere Situationen Termine mit den jeweiligen Beratungen des Teams Migration vereinbart.

Am Ende des Abends blickten die PLANB-Migrationsexperten Kai Bothe und Blerian Kushta sowie Werden hilft auf einen erfolgreichen Austausch zurück, der mit Sicherheit nicht der letzte dieser Art sein wird.

Zum diesjährigen Afrikatag konnten die Integrationsagentur PLANB und der AfrikaHerne Arbeitskreis AHAK e.V. eine hochkarätige Expertin als Referentin gewinnen: Elizabeth Yeboah, Sprecherin der Grünen für Soziales und Integration in Ratingen, stellte in ihrem Vortrag die hochaktuelle Frage: „Wie gelingt Integration in Deutschland?“

Der jährliche Afrikatag ist in Herne längst zur Tradition geworden. Während im letzten Jahr das Thema „Umwelt, Natur und Frauen“ im Fokus stand, war es diesmal „Integration“. Alle wollen sie erreichen – doch auf welchem Weg? Nach der Vorstellung und Einleitung durch Mahmut Hamza, Leiter der Integrationsagentur Herne, sprach Elizabeth Yeboah am 25. Mai in den Räumen von PLANB in der Eschstraße über Wege und Maßnahmen zur erfolgreichen Integration.

Welche Faktoren erleichtern den Zuwanderern eine Integration? Elizabeth Yeboah plädiert für mehr Partizipation durch die Migranten. Auch gesellschaftliches Engagement sei ein wichtiger Aspekt. Aber das reiche eben nicht, denn Integration sei keine Einbahnstraße, sondern beide Seiten müssten sich dafür öffnen. Somit sei gegenseitige Akzeptanz essenziell. Die rege Beteiligung an der Diskussion zeigte, dass das Thema des Vortrags aktuell viele beschäftigt. In der Runde wurde deutlich, dass die Besucher einiges aus der informativen Veranstaltung mitnehmen konnten.

Für den lockeren Ausklang des Abends sorgten die Musiker der senegalesischen Trommelgruppe Les Djembistes, für das leibliche Wohl wurde afrikanisches Fingerfood serviert.



Referentin beim diesjährigen Afrikatag Herne: Elizabeth Yeboah, Sprecherin der Grünen für Soziales und Integration in Ratingen

ESSEN/MÜLHEIM AN DER RUHR

Regionale Flüchtlingsberatung (Essen und Mülheim an der Ruhr)

Im landesgeförderten Programm werden Asylsuchende von der Asylantragstellung bis zu deren Abschluss beraten. Die Begleitung in den ersten Schritten der Integration steht genauso im Mittelpunkt wie die fachliche Unterstützung im Asylverfahren. In Kooperation mit Rechtsanwälten und Behörden werden etwa Fragen der Familienzusammenführung, Integration in Arbeit und Bildung behandelt.



Kai Bothe
Krayr Str. 208
45307 Essen
☎ 0201 408742-96
☎ 0201 408742-97
☎ 0172 7806289
✉ k.bothe@planb-ruhr.de



Irina Ahmad
Nachbarsweg 25 a
45481 Mülheim an der Ruhr
☎ 0208 848449-71
☎ 0208 848449-74
☎ 0172 8773514
✉ reg.beratung.muelheim@planb-ruhr.de

ESSEN

Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (Essen)

Ziel der MBE ist es, erwachsene Neuzugewanderte in ihrer soziokulturellen und ökonomischen Integration zu stärken. Darüber hinaus leistet die MBE durch eine enge Vernetzung mit vielen kommunalen Akteuren einen Beitrag für die interkulturelle Öffnung der Kommune. Gegenstand der Beratung sind meist Sprachförderung, Anerkennung von Berufsabschlüssen aus dem Ausland, Vermittlung in Arbeit und Sozialleistungen.



Bilge Kus, Blerian Kushta
Krayr Str. 208
45307 Essen
☎ 0201 408742-96
☎ 0201 40 8742-97
☎ 0172 9015922
✉ b.kus@planb-ruhr.de
✉ b.kushta@planb-ruhr.de



Rückkehrberatung (Essen)

Die landesgeförderte Stelle verfolgt das Ziel, rückkehrwilligen oder ausreisepflichtigen Geflüchteten eine Rückkehr in Würde zu ermöglichen. Dazu gehören die Vermittlung von Informationen über die Ausreise, finanzielle Hilfen sowie Anlaufstellen im Zielland. Aber auch Perspektivberatung in Bezug auf den weiteren Aufenthalt ist Gegenstand unseres Angebotes.



Pinar Aktürk, Nese Sertoglu
Krayr Str. 208
45307 Essen
☎ 0201 536678-36
☎ 0201 408742-97
✉ p.aktuerk@planb-ruhr.de
✉ n.sertoglu@planb-ruhr.de



Asylverfahrensberatung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (Essen)

Das Angebot richtet sich an schutzbedürftige unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und ihre Vormünder mit Informationen zum Asylverfahren und zu weiteren Möglichkeiten zur Aufenthaltssicherung. Schulungen für Ehrenamtler, Mitarbeiter der Stadt und Jugendhilfeeinrichtungen gehören ebenfalls dazu. Als Teil des Landesprogramms „Soziale Beratung für Flüchtlinge“ ist die Stelle zahlreichen Partnern aus der Kinder- und Jugendhilfe und der Migrationsarbeit eng verflochten.



Jeannine Schwemer
Krayr Str. 208
45307 Essen
☎ 0201 536678-37
☎ 0201 408742-97
✉ j.schwemer@planb-ruhr.de



IMPRESSUM

PLANB Ruhr e. V. – Interkulturelle Kinder und Jugendhilfe

Alleestraße 46
44793 Bochum
☎ 0234 459669-10

www.planb-ruhr.de
redaktion@planb-ruhr.de
V.i.S.d.P.: Ercüment Tokar

Projekt Blickwinkel

Blickwinkel ist ein künstlerisches Integrationsprojekt. Es geht um die Begegnung zwischen erwachsenen Neuzuwanderern und alteingesessenen Essener Bürger/innen, die anhand von Workshops und Gruppenaktivitäten rund um das Thema Fotografie ein Gruppengefühl entwickeln, so dass Akzeptanz und Toleranz entstehen.



Shiva Shafiei
Krayr Straße 208
45307 Essen
☎ 0201 408742-97
✉ s.shafiei@planb-ruhr.de

HERNE

Schule der Vielfalt (Herne)

Mit dem Projekt „Schule der Vielfalt“ initiierte PLANB eine Eltern-Kind-Schule in Herne, die verschiedene Kulturen zusammenbringen will. In dem Projekt liegen die Schwerpunkte auf Musik, Bewegung, Kochen und Backen. Zudem finden Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen statt, zum Beispiel Medientherapie in Familien mit Kleinkindern, mehrsprachiges Aufwachsen oder die Entwicklung des Kindes. Das Projekt richtet sich an Familien in Herne gerne mit und ohne Migrationsgeschichte.



Ayla Erdem
Kinderwelt Herne
Bielefelder Str. 56b
44652 Herne
☎ 02325 97635-53
✉ a.erdem@planb-ruhr.de

LiHA – Leben in Herne

Das Projekt „Leben in Herne“ für die Neuzuwanderer/innen der Stadt Herne soll das Einleben der neuzugewanderten Unionsbürger aus Rumänien und Bulgarien erleichtern. Dafür wurden zwei Anlaufstellen mit muttersprachlichen Unterstützungsangeboten geschaffen.

Öffnungszeiten:
Mo. - Do. 9 – 11 Uhr und 14 – 16 Uhr

Anlaufstelle Rathaus Wanne / Gesundheitsamt



Ioana Martoiu
Zimmer 37
Rathausstr. 6
44649 Herne
☎ 02323 1637-03
☎ 0172 9081720
✉ i.martoiu@planb-ruhr.de

Bachtalo – Alles wird besser!

Begegnungs- und Bildungszentrum (Herne-Wanne)
Die neue Anlaufstelle richtet sich an Neuzuwanderer, insbesondere aus Südosteuropa. Neben dem Begegnungscafé bietet Bachtalo auch alters- und geschlechtsspezifische Angebote wie Sprachtraining, Computerkurs, Frauentreff oder Tanzworkshop.

Begegnungscafé Mo. – Do. 11 – 14 Uhr



Alexandra Chiribes
Hauptstr. 208
44649 Herne Wanne
☎ 02325 56991-60
☎ 02325 56991-61
✉ a.chiribes@planb-ruhr.de

EIN KOCHBUCH DER VIELFALT:

Aus den Lieblingsrezepten der Eltern und Erzieher des PLANB-Familienzentrums Kinderwelt Herne-Eickel entstand dieses liebevoll zusammengestellte und mit persönlichen Geschichten gewürzte Kochbuch.



„Wir kochen“ ist unverkäuflich – aber gegen eine kleine Spende hier erhältlich:

PLANB
Familienzentrum
Kinderwelt Herne-Eickel
Bielefelder Str. 56 b
44652 Herne

PLANB
Kinderwelt Herne-Mitte
Eschstr. 15
44629 Herne

Integrationsagentur Herne

Unser Ziel ist es, Beiträge für eine wirksame Integration vor Ort anzustoßen, Potenziale für bürgerschaftliches Engagement zu erkennen und zu aktivieren, zusammenzuführen und interkulturell kompetent zu begleiten. Insbesondere aber die Vernetzung der Migrantenselbstorganisationen untereinander und die Heranführung an die bestehenden Angebote der städtischen Institutionen, vor allem in den jeweiligen Quartieren, stehen dabei im Fokus der Integrationsagentur.



Mahmut Hamza
Eschstr. 15
44629 Herne
☎ 02323 68840-31
☎ 02323 68840-39
✉ m.hamza@planb-ruhr.de



BOCHUM

UNICEF-Projekt

Ziel der Bundesinitiative zum Schutz von Frauen und Kindern in Flüchtlingsunterkünften ist es, benannte Mindeststandards als Leitlinien zur Erstellung und Umsetzung sowie zum Monitoring einrichtungsinterner Schutzkonzepte zu nutzen.



Sita Rajasooriya
Alleestr. 46
44793 Bochum
☎ 0234 459669-20
☎ 0234 459669-99
☎ 0172 9514943
✉ s.rajasooriya@planb-ruhr.de



ZdV – Zentrum der Vielfalt (Bochum)

Mit dem ZdV hat PLANB einen Begegnungs- und Bildungsort geschaffen, in dem Vielfalt geschätzt und gelebt wird. Es gibt ein breites Angebot für Bürgerinnen und Bürger aus Bochum und Umgebung sowie Zugewanderte. Sie möchten einen Sprachkurs machen oder mit Gleichgesinnten ins Gespräch kommen? Wir bieten ein abwechslungsreiches Programm für alle Interessen!



Stefanie Rappl
Zentrum der Vielfalt - ZdV
Alleestr. 46
44793 Bochum
☎ 0234 459669-13
☎ 0234 459669-99



Flüchtlingsunterkunft Emil-Weitz-Straße

Im Dezember 2017 übernahm PLANB die Verwaltung der Wohncontaineranlage an der Emil-Weitz-Straße. Bei voller Auslastung bietet die Unterkunft 280 Menschen Platz, ein hohes Maß an Privatsphäre und viele integrative Angebote.



Heimverwaltung
Susan Celebi
☎ 02327 91992-10
✉ s.celebi@planb-ruhr.de



Flüchtlingsunterkunft Bochum-Wattenscheid

Seit Dezember 2017 betreut PLANB die Wohnhäuser in der Voedestraße und der Parkstraße in Bochum. Insgesamt sind dort 94 Bewohner untergebracht, mit denen das Team aktive Integrationsarbeit leistet.



Heimverwaltung
Sahar Ahmadvand
☎ 0172 9453465
✉ s.ahmadvand@planb-ruhr.de



mbeon: Migrationsberatung

Migrationsberatung per Smartphone bietet die neue App mbeon. Professionelle Berater helfen sofort in vielen Sprachen.

Datensicherer Dokumentenversand ist möglich.

Weitere Infos unter
www.mbeon.de

NEU!
Informationen
auf Seite 6

